

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 19. November 1929
11. Jahrg. Nummer 271

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,50 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unregelmäßig 3,00 M. Preis für den Abnehmer: Die dreizehnteilige Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Anzeigenpreis: Die dreizehnteilige Wochenschrift oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseraten-Einnahme u. der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 550 39.
Verkaufsstellen: Breslau 544, Woblasten: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 230 03. **Abteilung der Redaktion von 12-18 Uhr:** Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Filial-Expeditionen:** Glatz, Glatz, 26, Tel. 4088; Oppeln, Oppeln, 11, Tel. 130 49; Glatz, Glatz, 26, Tel. 2384. **Geschäftsstelle:** 8-10 Uhr. **Verkaufsstellen:** Hauptverlag Breslau, Trebnitzer Str. 50. **Verlag:** Glatz, Glatz, 26, Tel. 2384. **Druck:** „Rebber“, Glatz, Glatz, 26, Tel. 2384.

Immunitätsraub geplant!

SPD. will kommunistische Abgeordnete dem Staatsanwalt ausliefern Im Bunde mit den Unternehmern — Kampf gegen die Betriebszeitungen

(Eig. Ber.) Berlin, 19. November.

Im Geschäftsordnungs-Ausschuss des Reichstages wurde in der Sitzung vom 18. November von dem sozialdemokratischen Abgeordneten von Kardorff unter Zustimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann der Antrag gestellt, daß bei Eintritt der Sommerpause des Reichstages grundsätzlich die Immunität der Abgeordneten aufgehoben wird, gegen die von den Staatsanwälten Strafverfolgungsanträge vorliegen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um eine Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten, gegen die von den Staatsanwälten geradezu ein Trommelfeuer von Strafverfolgungsanträgen beim Reichstage unternommen wird. Die kommunistischen Abgeordneten sollen also in jedem Sommer den Massenrichtern ausgeliefert werden.

In der Sitzung des Geschäftsordnungs-Ausschusses lagen allein

zwei Anträge vor, die die Immunität der kommunistischen Abgeordneten aufheben sollten.

Wenn diese zum größten Teil abgelehnt wurden, so nur unter Hinweis auf den von Kardorff angekündigten Immunitätsraub. Dabei stand im Vordergrund das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin am 1. Mai dieses Jahres. Die Aufforderung der SPD., trotz dieses Demonstrationsverbotes auf die Straße zu gehen, wurde als „Aufsorderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze“, teilweise als „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ bezeichnet, und darum die Anträge auf Aufhebung der Immunität gegen die kommunistischen Abgeordneten, die in den Flugblättern und Betriebszeitungen als Verantwortliche angegeben waren. Das wird von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit des Geschäftsordnungs-Ausschusses als Mißbrauch der Immunität bezeichnet und auch aus diesem Grunde eine generelle Aufhebung der Immunität angestrebt. Besonders waren es die sozialdemokratischen Abgeordneten im Geschäftsordnungs-Ausschuss, die die Mehrheit zur Zustimmung für die Aufhebung zu veranlassen suchten, unter Hinweis darauf, daß der Geschäftsordnungs-Ausschuss des Landtages in allen diesen Fragen, die den 1. Mai betreffen, die Immunität aufgehoben hat. Natürlich versuchten sie die Schuld an den 33 ermordeten Arbeitern den Kommunisten zuzuschreiben, entgegen den in der Öffentlichkeit ver-

öffentlichten Tatsachen, daß dieser Arbeitermord auf das Konto des Herrn Börgiebel kommt.

In zwei Fällen, wo es sich um angebliche Beleidigung handelt, wurde die Immunität der kommunistischen Abgeordneten Dangel und Roenen aufgehoben. Es muß ein Umstand hervorgehoben werden, der der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit zum verschärften Vorgehen gegen die kommunistischen Abgeordneten Veranlassung gibt. Für die von den Arbeitern herausgegebenen Betriebszeitungen werden vielfach als verantwortliche Herausgeber kommunistische Abgeordnete bezeichnet. Die Arbeiter glauben, damit Maßregelungen der Kollegen vorzubeugen, die sonst aus dem Betriebe verantwortlich für die Zeitung zeichnen müßten.

Von den Sozialdemokraten wird gegen diese Maßnahmen der Arbeiter im Betriebe gegenüber den Maßregelungen ein großes Geschrei gemacht. Sie erklären, daß gerade die Arbeiter, die die Immunität der kommunistischen Abgeordneten aufheben wollen, die eigentlichen Verantwortlichen für die Zeitungen sind. Es kommt ihnen also auf die Bestrafung der Arbeiter an. Das entspricht durchaus dem arbeiterfeindlichen Kurs der Sozialdemokraten, die nicht nur mit der Bourgeoisie in der allgemeinen Politik, sondern auch mit dem Unternehmertum im Kampfe gegen die Arbeiterforderungen paßieren.

Vom Tage

Wie uns die Justizpressestelle kurz vor Schluß der Redaktion mitteilt, ist die Hauptverhandlung gegen die wegen der Schweidnitzer Ueberfälle angeklagten Nationalsozialisten auf den 3. Dezember einberufen worden. Es sind 200 Zeugen geladen worden.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung den 21. November als den Beginn des Tages der Saarverhandlungen vorgeschlagen.

Nach den letzten Meldungen aus Mexiko erscheint die Wahl von Ortiz Rubio, des Kandidaten der Regierungspartei, als gesichert. Bei dem Wahlkampf am Sonntag kam es verschiedentlich zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei diese etwa 20 Personen tötete.

Der kommunistische Vormarsch bei den Gemeindewahlen

Noch lassen sich die Resultate der Gemeindewahlen nicht in allen ihren Einzelheiten überblicken und bewerten, doch steht fest, daß es unserer Partei gelungen ist, einen weiteren Fortschritt zu machen. Wir haben nicht nur in einer großen Anzahl Gemeinden, in denen wir bisher noch nicht vertreten waren, ein Anzahl Mandate auf Parteilisten oder roten Arbeiterlisten erreicht, sondern unsere Mandatszahlen in den meisten Provinzialparlamenten erhöht. Allerdings gibt es auch eine Reihe Verluste, von denen die Verluste in dem Arbeiterland Sachsen am schwersten wiegen. In diesem Lande haben auch die Nationalsozialisten die größten Fortschritte gemacht. Eine Angelegenheit, über die die Gesamtpartei nicht hinweggehen kann, ohne ernste politische Konsequenzen zu ziehen.

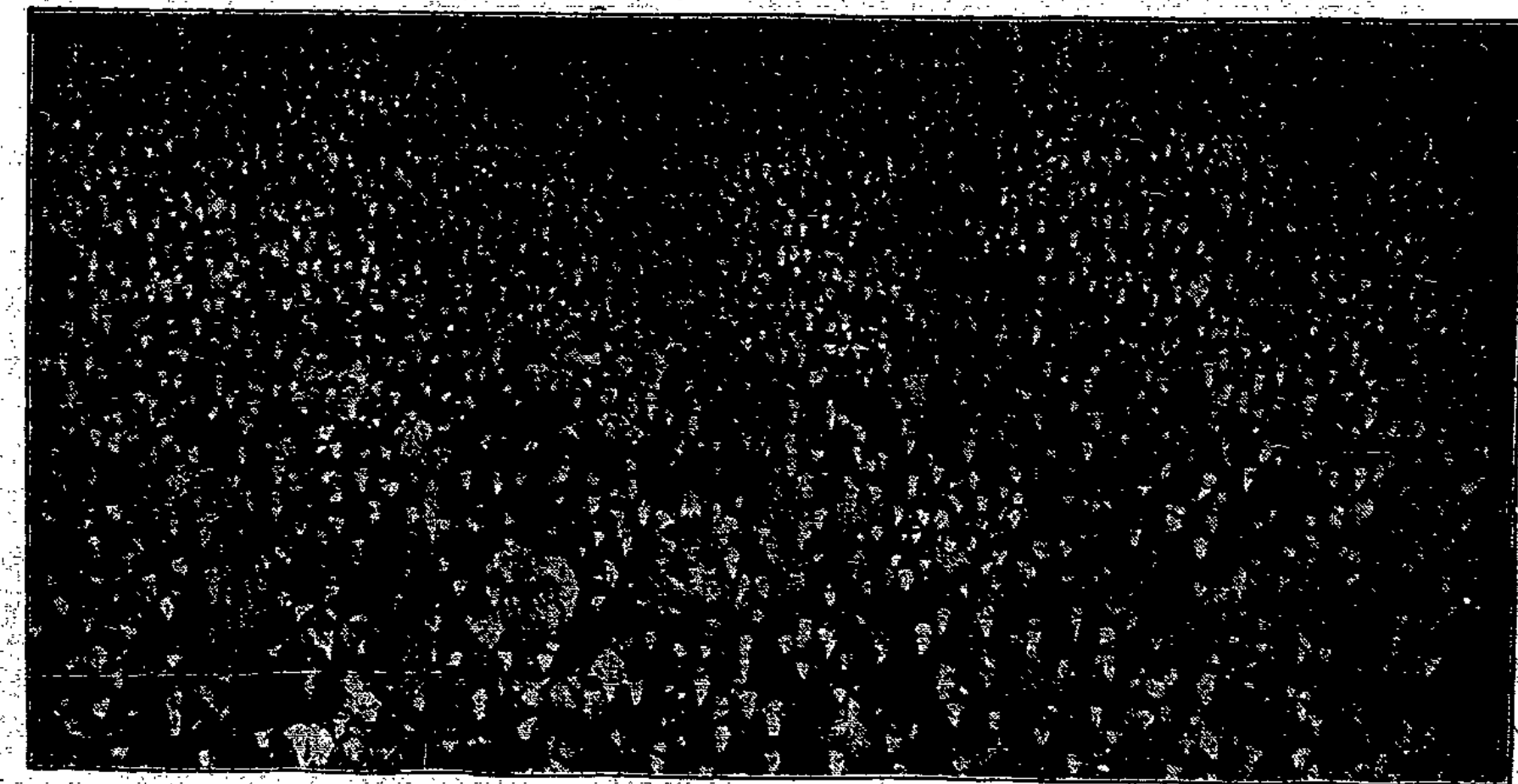
Die Resultate der Wahlen sind, wie schon gesagt, nicht einseitig und nur in ihrem Gesamtergebnis kann man deutlich die Tendenz unseres Vormarsches feststellen. An vielen Orten und in großen Gebieten wird die Einseitigkeit der Tendenz durch besondere Umstände abgeleitet oder sogar geändert. Am deutlichsten tritt unser Sieg in Berlin zutage. Hier hat die Partei gegenüber der letzten Gemeindewahl ihre Mandatszahl bei einer gleichzeitigen Steigerung der Wahlbeteiligung von 43 auf 56 steigern können, während die sozialdemokratischen Mandate von 73 auf 65 zurückgingen. Das ist ein sehr hoch zu schätzender Erfolg unserer Partei und ein schwerer Verlust für die Sozialdemokratie.

Auch in einer ganzen Reihe von Provinzialstädten haben wir sehr gute Erfolge. Woraus erklären sich nun aber in der Hauptsache die rückläufigen Tendenzen in anderen Gebieten? Sie haben verschiedene Ursachen, die wir im einzelnen an konkreten Untersuchungen analysieren müssen. Das kann nicht in diesem Artikel geschehen. Hier sollen vorerst nur einige der wichtigsten Umstände genannt werden. Es fehlen für die Gemeindewahlen allgemeine Vergleichsziffern, wie das zwischen verschiedenen Reichstagswahlen zum Beispiel der Fall ist. In den meisten Gemeinden fanden die Wahlen zugleich mit den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 statt, in der die Arbeiter und die Kleinbürger noch außerordentlich erregt waren über den Verleumdungsfeldzug durch den Inflationsschwindel von 1923 und über die sozialdemokratische Verräterpolitik, die damals den Arbeitern den Achtundtag raubte. So wurden beispielsweise unmittelbar vor der Wahl im Mai 1924 die großen Streikbewegungen der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die der Bergarbeiter von Oberschlesien, Ruhrgebiet und Sachsen abgemüht. Daher die Rekordziffern der kommunistischen Partei bei den Reichstags- und Gemeindewahlen im Mai 1924. Inwieweit die damaligen Gewinne nur Stimmungsgewinne waren, zeigen schon die Dezemberwahlen zum Reichstag 1924. Im Mai d. J. hatte die Sozialdemokratie ob ihrer verräterischen Politik eine geradezu katastrophale Niederlage in allen Orten erlitten.

Bei den Berliner Gemeindewahlen im Oktober 1925 und bei den Provinzialparlamentwahlen im gleichen Jahre gab es ganz andere Resultate als im Mai. Die Sozialdemokratie konnte viel ihres Verlustes aufholen, während die Kommunisten 30 Prozent ihrer Gewinne wieder verloren. In einer Anzahl Gemeinden — besonders in solchen, wo größere Eingemeindungen vorgenommen wurden, fanden 1926 und 1927 Neuwahlen statt. Die Vergleichsziffern aus den verschiedenen Jahren und von Wahlen, die unter verschiedenen politischen und ökonomischen Verhältnissen stattfanden, machen einen Vergleich, schon abgesehen davon, daß mit den Eingemeindungen öfter auch erste Veränderungen der sozialen Struktur der Gemeinden verbunden waren, die die Stimmenergebnisse wesentlich änderten, schwer möglich.

Es ist unmöglich, in einem allgemeinen Artikel alle diese Umstände zu berücksichtigen. Das muß geschehen in örtlichen und bezirklichen Betrachtungen der Wahlergebnisse. Zu besseren Resultaten in der Analyse der Wahlergebnisse kommt man, wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1928 der Beurteilung zugrunde legt. Leider fehlt uns dazu noch die genügende Anzahl Einzelvergleiche. Die Gesamtziffer der auf die Provinzialparlamente abgegebenen Stimmen ist dazu nicht brauchbar, weil die kommunistische Partei nur in wenigen Gemeinden Listen aufstellen konnte und ihre Agitation für die Provinzialparlamente demgemäß territorial sehr beschränkt war. Was nun die allgemeine Linie des Wahlausganges betrifft, so bestätigt sie die Tendenz der Einkreisung der Massen, wenn auch das vielerorts noch zum Ausdruck kommt in der Zunahme der SPD.-Stimmen. Besonders in Gegenden, wo die SPD. Oppositionspartei mitnehmen kann, wie das in Sachsen der Fall ist, oder

Am Abend des 17. November in Berlin:



20 000 warten vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf das Wahlergebnis

Im Namen des Young-Plans

Gilferding hungert die Kommunen aus

1,2 Milliarden Geschenke fürs Kapital, aber 1 Milliarde neue Massensteuern

Unmittelbar nach den Kommunalwahlen wird der Sozialdemokrat Gilferding sein Finanzprogramm veröffentlicht, das er vor dem 17. November den Massen zu präsentieren sich nicht traut. Denn nach den Mitteilungen, die der Steuerexperte des Eisen- und Stahlwarenbundes in Oberfeld gemacht hat, sind folgende Maßnahmen geplant:

Aufhebung der Industrieobligationssteuer (Kuponweise in zwei bis fünf Jahren)	300 Mil. M.
Fortfall der Kapitalertragssteuer	171 Mil. M.
Senkung der Vermögenssteuer	50 Mil. M.
Senkung der Gesellschaftsteuer	35 Mil. M.
Senkung der Gewerbesteuer	100 Mil. M.
Senkung der Grund- und Hauszinssteuer (zugunsten der Hausgründer ohne Herabsetzung d. Mieten)	240 Mil. M.
Senkung der Zuckersteuer (ohne Abbau der Zuckerpreise)	75 Mil. M.
Senkung der Einkommensteuer (für die Großenkommen)	200 Mil. M.
Insgesamt:	1171 Mil. M.

Kost 1200 Millionen Mark schenkt Gilferding den Reichen. Und den Armen? Ihnen nimmt er das, was er dem Kapital gibt. Seine Finanzreform steht vor: die Erhöhung der Biersteuer um 180 Millionen Mark jährlich, die Erhöhung der Tabaksteuer um 600 Millionen Mark. Und schließlich soll die Ständeliste aller reaktionären

Steuern, die Kopfsteuer, bis 20 Mark pro Kopf und Jahr eingeführt werden.

Man muß den Sinn dieses Attentats auf die wertvollen Massen einhüllen: Es geht der Sozialdemokratie darum, alle Lasten des Young-Planes auf die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten abzuwälzen, und gleichzeitig den Gemeinden das finanzielle Rückgrat zu brechen, da ja die Hauptausflüsse des Reiches an die Kommunen aus den Erträgen der Einkommen- und Grundvermögenssteuer bestehen, und gerade die werden entscheidend gekürzt. Dadurch sollen die Kommunen zum vollständigen Abbau ihres ohnehin schon lärglichen Wohlfahrtsstaats gezwungen und ein Vorwand zur neuen Steigerung der indirekten Kommunalsteuern (Erhöhung der Wasser-, Gas-, Strom- und Verkehrspreise) geschaffen werden.

Der zeigt sich für jeden Wertvollen klarfällig die launige Verknüpfung zwischen Young-Plan und Koalitionspolitik.

Weil Young-Plan, darum Verschärfung der Steuern, Vererbung der Erwerbslosen, Einschränkung des an und für sich schon kläglichen Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln, Entzug der Reichszuschüsse, um jede soziale Aufgabe der Kommunen unmöglich zu machen.

Der Sozialdemokratie, die das deutsche Proletariat an das ausländische Kapital durch die Erfüllung des Young-Planes, und an das deutsche Kapital durch die Erfüllung des Koalitionspolitiks, müssen die Massen durch ein Millionenbekenntnis zur kommunistischen Partei antworten.

So lebt der Führer der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“!

Neunzimmerwohnung für Hitler!

Und zwei Autos dazu!

„Ausgaben müssen auf das Äußerste beschränkt werden“, lautet eine der Wahlsprüche der Nationalsozialisten. Ihr Führer, Herr Hitler, nimmt es damit für sich selbst weniger genau.

Wie wir erfahren, hat Hitler in München seit dem 1. Oktober am Prinzregentenplatz 62 eine von ihm vom vorigen Wähler für 6000 Mark Abstand gekaufte — Neunzimmerwohnung! Diese Wohnung, in der er mit einem Diener und einer Dienstmagd wohnt, ist auf das kostbarste mit teuren, modernen Möbeln eingerichtet. Ein Herren-, ein Rauch-, ein Arbeits- und ein Empfangszimmer bieten seiner ausschließlichen Bequemlichkeit. Diese Prachtwohnung kostet dem Rastführer ohne Dampfheizung im Jahre 5520 Mark, und überdies stehen ihm in der Garage zwei Autos — ein sechs- und ein achtzylinder — zur Verfügung.

Da preibigt sich's freilich leicht: „Die Ausgaben müssen auf das Äußerste beschränkt werden.“

Was wohl die irreführenden Arbeiter in der NSDAP zu diesem „vorbildlichen Lebenswandel“ ihres Führers sagen?

SPD.-Provinziallandtagsabgeordnete tritt zur KPD. über

Die sozialdemokratische Provinziallandtagsabgeordnete Marie Höpfer, Halle, ist, wie der heutige „Klassenkampf“ zu melden weiß, zur KPD. übergetreten. Vor wenigen Monaten war Frau Höpfer aus der SPD. ausgetreten, da sie die Politik dieser Verräterpartei nicht mehr mitmachen konnte. Jetzt zeigt sie durch den Übertritt zur KPD., daß sie gewillt ist, in den Reihen der revolutionären Arbeiterjugend weiterzukämpfen.

Für ehrliche sozialistische Arbeiter ist in der Partei der Sozialisten kein Platz mehr. Ihre Pflicht ist, dem Beispiel der Genossin Höpfer und der Genossin Höpfer sowie zahlreicher anderer früherer SPD.-Arbeiter zu folgen und sich der KPD. anzuschließen.

Die Kapitulation der österreichischen Sozialdemokratie in der Verfassungsfrage

Wien, 18. November.

Die christlich-sozialistische Zeitung „Weltblatt“ schreibt unter dem Titel „Es geht auch in Ruhe“, daß das Schwerkriegs- und die Entscheidung jetzt in den Verhandlungen über die Verfassungsreform liegt, die seit einigen Tagen der Bundeskanzler mit den Vertretern der Sozialdemokraten führt. Es handle sich dabei darum, ein annehmbares Kompromiß herbeizuführen. Die Entscheidung werde bereits für die nächste Zeit erwartet. Nach diesen Verhandlungen werde der Führer der Christlichsozialen im Wiener Gemeinderat, Abgeordneter Kunisch, die Besprechungen mit der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit aufnehmen.

Diese Ausführungen des christlichsozialen Blattes beweisen, daß die Bourgeoisie mit Bestimmtheit erwartet, mit den Sozialdemokraten zu einer völligen Einigung auf Grundlage der Schöberl'schen Verfassungsreform zu gelangen.

Bedeutung ist, daß zu gleicher Zeit, da die Sozialdemokraten mit Schöberl über die Verfassungsreform verhandeln, der Wiener Industriellenverband mit dem österreichischen Metallarbeiterverband

die Verhandlungen zwecks Beilegung des Konfliktes von Stoderau aufgenommen hat. Die Aussperrung der Arbeiter in Stoderau, die sich geweigert haben, mit den Faschisten zusammenzuarbeiten, dauert noch an. Die Gewerkschaftsbürokraten, die sich auf dem Arbeiterkammertag gegen jeden „Einsparungsplan“ ausgesprochen haben, sind bestrebt, den Kampf auf der Grundlage der Wiederaufnahme der drei Faschisten in den Betrieb abzuwehren.

Kampfbeschlüsse der revolutionären Vertrauensmänner in Wien

Wien, 18. November. (Inpretorr.) Gestern vormittag trat der Exekutivsausschuß der revolutionären Vertrauensmänner zu einer bedeutenden Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die offene Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Faschisierung Österreichs. Die revolutionären Vertrauensmänner beschloßen, einen Protesthurm in den Betrieben gegen den beispiellosen sozialfaschistischen Verrat in der Verfassungsfrage zu entfesseln. Außer zahlreichen Betriebsversammlungen wird am Freitag, dem 22. November, eine öffentliche Kundgebung in Wien stattfinden, auf der die Betriebsräte das Wort ergreifen werden. Am Sonntag, dem 24. November, findet eine Vollversammlung der revolutionären Vertrauensmänner Wiens statt.

Das zweite Jahr des Fünfjahrplanes

Der Vorrat der Industrialisierung

Moskau, 18. November. (Inpretorr.) Für das zweite Jahr des Fünfjahrplanes steht das Industriebauprogramm den Bau von Industriebetrieben vor, denen nur wenige Unternehmen in Europa und Amerika gleichgestellt werden können.

Riesenhüttenwerke, wie das Werk „Magnitnaja Gora“ und die Dierschinsk-Werke, werden nach ihrer Rekonstruktion rund drei Millionen Tonnen Roheisen pro Jahr liefern und die erste Stelle in der Reihe der Hüttenwerke Europas einnehmen.

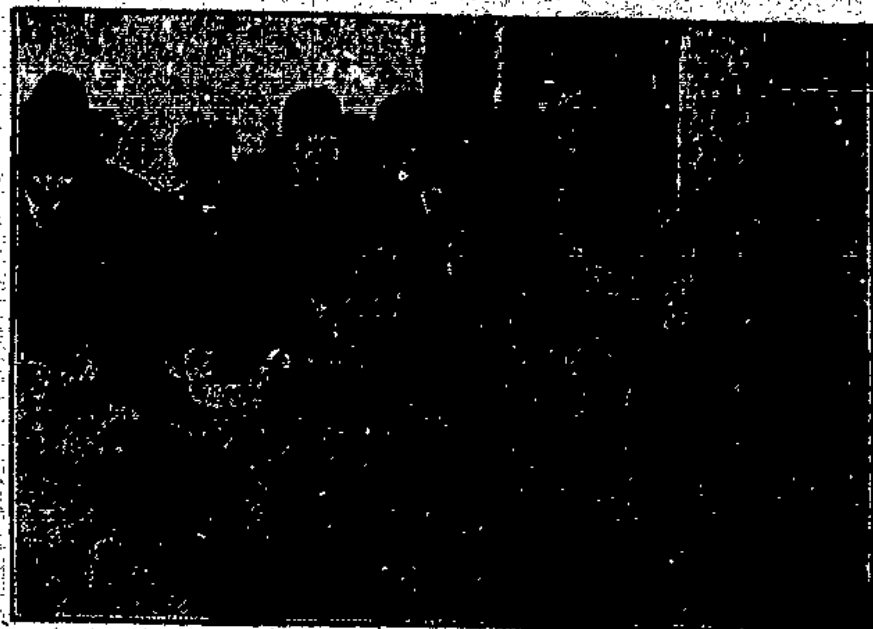
In Leningrad wird ein Aluminium-Kombinat mit einer Jahresproduktion von 5000 Tonnen Aluminium gebaut.

Im Bereich des Baues landwirtschaftlicher Maschinen überholt die Sowjetunion Europa und Amerika. Die Stalin-grader Traktorenfabrik, die im Jahre 1930 in Betrieb gesetzt wird, soll 50 000 Traktoren jährlich erzeugen. Ein noch grandioserer Bau ist in Tscheljabinsk in Aussicht genommen. Die Rostower Werke, die bereits teilweise in Betrieb gesetzt worden sind, werden die größte Maschinenbauanstalt Europas sein. Am Ende des Fünfjahrplans wird die Sowjetunion tausend Maschinen- und Traktorenstationen mit insgesamt 200 000 Traktoren besitzen.

Auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie wird in Moskau im Jahre 1930 der Bau eines Riesenfabrikwerks in Angriff genommen. In Leningrad wird eine Turbinenfabrik gebaut, die Turbogeneratoren mit einer Leistungsfähigkeit bis zu 75 000 Kilowatt bauen wird. Gegenwärtig werden die Entwürfe für eine Dampfturbinenfabrik ausgearbeitet, die Turbogeneratoren mit einer Leistungsfähigkeit bis 150 000 Kilowatt erzeugen soll.

Die Textilindustrie erhält demnächst ebenfalls eine Reihe neuer Großbetriebe. In Nuch in Aserbeidschan wird eine Seidenfabrik gebaut, die jährlich 175 000 Kilogramm Seidenkokons

Im Sekretariat der KPD. Berlin-Mitte



Massenandrang: Aufnahme in die Partei nach den Wahlen

verarbeiten und somit sämtliche Seidenhaspeln Italiens und anderer Länder an Leistungsfähigkeit übertrifft wird.

Bei Tscheljabinsk soll demnächst eine Rüstfabrik errichtet werden, die die Baumwollfelder Mittelasiens mit Düngstoffen beliefern soll.

Durchführung des Fünfjahrplanes in vier Jahren

Leningrad, 17. November.

In den Industriebetrieben „Krasnyi Butilowez“, Valtische Werke, Metallfabrik „Elektrostal“ und Schora-Werke wurde auf Anregung der Fabrik „Krasnyi Treugolnik“ mit der Umgestaltung des Fünfjahrplanes in einen Vierjahrplan begonnen. Die vorzeitige Durchführung des Fünfjahrplanes ist die Antwort der breiten Arbeitermassen auf die Versuche der Opportunisten, die Partei vom leninistischen Wege der Industrialisierung abzuwenden. Die außerordentliche Verarmung des Ingenieur- und Technikerpersonals der „Krasnyi Treugolnik“ schloß sich voll und ganz dem Beschluß der Arbeiter an, den Fünfjahrplan in vier Jahren zu verwirklichen. Im ersten Jahre des Fünfjahrplanes wurden in der „Krasnyi Treugolnik“ die Vorschläge um 20 Prozent überholt. Der von der Arbeiterschaft angeregte Gedanke beruht nach Ansicht der Ingenieure und Techniker durchaus auf realen Grundlagen, der Vierjahrplan sei unweifelhaft durchführbar.

Zehn Jahre Kommunistische Jugendinternationale

Moskau, 17. November.

Anlaßlich des bevorstehenden zehnten Jahrestages der Kommunistischen Jugendinternationale fand heute eine Komsojolenkonferenz des Moskauer Kavallerieregimentes statt, die der KJ. ihre revolutionäre Kampfgrüße überbrachte.

Der Ehrenkomsojole, Genosse Mehning, übermittelte der KJ., die im Kampfe gegen den Opportunismus entstanden ist, und auch heute an der Spitze dieses Kampfes marschiert, die Kampfgrüße der revolutionären Arbeiterjugend des Westens.

Demonstration Neuborger Arbeiter gegen das ungarische Herrscherregime

Neuborger, 17. November.

Heute fand vor dem Gebäude der ungarischen Gesandtschaft eine große Demonstration der revolutionären Arbeiter Neuborger statt, in der gegen die grausame Behandlung der politischen Gefangenen in den ungarischen Gefängnissen protestiert wurde.

Gleichzeitig veranstalteten Horthy-freundliche Elemente, die von der ungarischen Gesandtschaft bezahlt worden sind, eine Gegendemonstration, die jedoch von den Arbeitern gesprengt wurde.

Die Mordener Regierung bereitet einen Einfall in Sowjetgebiet vor

Moskau, 17. November.

Der Charkower Korrespondent des amerikanischen Blattes in Schanghai, „Weich China Review“, drückte, daß laut Behauptungen der japanischen Militärmission in der Nordmandschurei die Mordener eifrig zum Einfall in Sowjetgebiet rufen. Ein japanischer Vertreter erklärte dem Korrespondenten des „Weich China Review“, daß der insgeheim vorbereitete japanische Einfall in der Richtung auf Wladikowostok vor sich gehen würde. Über den Zeitpunkt des Vorstoßes hat sich der japanische Vertreter nicht geäußert, doch behauptet er, daß viele Tatsachen zur Annahme berechtigen, daß die Mordener Regierung ihren Plan sorgfältig vorbereitet.

Die Zukunftsplanung der Streitkräfte wird sowohl in Charkow als auch längs der östlichen Linie der Ostbahn fortgesetzt. Neuerdings sind in Charkow große Munitionsvorräte und Geschütze eingetroffen. In Anbetracht ihrer Demoralisierung werden die Ruker Truppen durch Mordener Truppen ersetzt.

§§ ungeschriebene Paragraphen

Sie lauten: Rauchst Du eine 5er — Nur „Gnaden“. Rauchst Du eine 6er — Nur „Bergmann-Privat“.

Haus Bergmann
Saketenfabrik A.G. Dresden-N.

Einer sagt er dem andern



— am 30. November Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition

Der andere fragt: Was soll der Reichskongreß der Opposition? Soll er eine Kampforganisation gegen die schon bestehenden Gewerkschaften bedeuten?

Einer antwortet: Nein! Der Reichskongreß wird keine Spaltungsmassnahmen beschließen, sondern Massnahmen zur Sammlung aller Arbeiter und Erwerbslosen in einer breiten Einheitsfront unter revolutionärer Führung zum gemeinsamen Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Ein anderer fragt: In der „Bergbauindustrie“ Nr. 44 lese ich das offene Schreiben des Hauptvorstandes des Bergarbeiterverbandes an alle Verbandsmitglieder. Darin wird u. a. gesagt: „Wir machen alle Mitglieder und Funktionäre darauf aufmerksam, daß die Teilnahme an diesem kommunistischen Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition mit dem Statut und den Generalversammlungsbeschlüssen unseres Verbandes nicht vereinbar ist und daß jedes Mitglied, welches an dem Kongreß teilnimmt, den Ausschluß zu erwarten hat. Diejenigen Ortsverwaltungen, die in ihren Zahlstellenversammlungen über die Teilnahme an dem kommunistischen Reichskongreß debattieren oder die Wahl von Delegierten vornehmen lassen, haben die in unserem Statut vorgesehenen Disziplinarmaßnahmen zu erwarten. Gleichfalls ist die Verwendung von Verbandsgeldern zu diesem Kongreß unzulässig.“ — Was soll man denken, wenn man diese Auslassungen des Hauptvorstandes liest?

Einer antwortet: Erstens schwindelt der Hauptvorstand, wenn er von einem kommunistischen Reichskongreß spricht. Gewiß hat die kommunistische Partei die Führung. Und das ist richtig und gut so. An dem Kongreß selbst aber werden Arbeiter und Arbeiterfrauen teilnehmen, die den verschiedensten Organisationen und Parteien oder auch gar keiner angehören. Gemeinsam wird den Delegierten nicht das Programm der kommunistischen Partei sein, sondern der Kampf gegen die Kapitalisten und der ernste Wille, den Kampf für die Verbesserung des Arbeiterdaseins zu organisieren.

Der andere fragt: Deshalb will der Hauptvorstand unter allen Umständen den Reichskongreß verhindern?

Einer antwortet: Deshalb, weil die Sozialdemokraten im Hauptvorstand und in den Bezirksleitungen wie überhaupt die Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre faktisch nicht mehr Arbeiterfreunde sind. Sie kriechen den Kapitalisten in den A... Sie sind Verbündete der Kapitalisten. Deshalb organisieren sie keine Kämpfe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und würgen alle Lohnbewegungen mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsapparates ab. Weil sie jetzt merken, daß der Reichskongreß der Opposition wichtige Beschlüsse zur Auslösung und Führung der Arbeiterkämpfe aus eigener Kraft heraus fassen wird, deshalb wittern sie Gefahr für sich und ihre Kapitalistenfreunde, deshalb hegen sie gegen den Reichskongreß.

Einer sagt: Das ist richtig. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind bereits Sozialfaschisten geworden. Sie sind es, die den Streikbruch organisieren. Sie waren es, die während der Ausperrung der schlesischen Textilarbeiter sogenannte Notstandsarbeiten, d. h. Streikbrecherarbeiten durch die organisierten Kollegen verrichten ließen. Auch während des letzten Bergarbeiterstreiks in Niederschlesien dachten sie nicht daran, die Notstandsarbeiten einzustellen. Besonders augenfällig war ihre Rolle im Kampf der Berliner Kohrleger. Die Sozialfaschisten arbeiten mit der Polizei Hand in Hand. Sie haben dem Zahlstellenleiter Buttle in Düsseldorf mit Polizeihilfe die Geschäfte abgenommen. Sie haben bei der Verschlagung des Einheitsverbandes in Oppeln zu wiederholten Malen sich der Hilfe der bewaffneten Polizei bedient.

Ein anderer fragt: Sind schon irgendwo Delegierte zum Reichskongreß gewählt worden?

Einer antwortet: Wer weiß. Der Kollege Buttle von der Castellengrube, der Kamerad Schweda von der Carsten-Zentrum-Grube fahren zum Reichskongreß. Die Flughefenarbeiter in Görlitz, die Drahtwerke in Gleiwitz, die Eisenbahner in Oppeln, die Erwerbslosen in Breslau und Oberschlesien haben ebenfalls Delegierte entsandt. Weitere Kollegen aus Schlesien und Oberschlesien werden bestimmt noch gewählt werden.

Momentaufnahme von der Tätigkeit der ADOB-Führer



Faschisten und Sozialfaschisten sind Streikbrecher

Die Zahl der Delegierten in den anderen Teilen Deutschlands ist bedeutend größer.

Allerdings muß zugegeben werden, daß besonders im niederschlesischen Bergbau und teilweise auch in Oberschlesien nicht alle Kameraden die Bedeutung des Reichskongresses begriffen haben.

Ein anderer fragt: Werden wir nur eine Minderheit bilden?

Einer antwortet: Keinesfalls. Noch haben wir Zeit, um von jeder Schachanlage einen Delegierten nach Berlin zu schicken. Natürlich muß die Delegation von uns aus finanziert werden. Wenn die Grubenbelegschaft nicht mehr in der Lage ist, zur Finanzierung des eigenen Delegierten genügend Geld zu sammeln, so muß sie trotzdem sammeln, um die Delegationen aus den kleineren Betrieben und Stempelstellen zu ermöglichen.

Einer sagt es dem anderen: Auch der letzte Kamerad muß über den Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition informiert werden. Jede Grubenanlage muß versuchen, einen oder mehrere Delegierte nach Berlin zu senden. Jede Schachanlage muß zur Finanzierung der Delegierten sammeln. Der Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition geht alle an!

Wählt in allen Betrieben Delegierte! Sammelt zur Finanzierung der Delegationen

Waldenburger Bergland

Funktionärkonferenz

am Mittwoch (Bußtag), dem 20. November, vormittags 9 Uhr in Dittersbach im Lokal „Friedenshoffnung“.
Die Funktionäre des ganzen Unterbezirks haben zu erscheinen.
Tagesordnung:
1. Besprechung der Wahlen.
2. Lohnfragen im Bergbau.
3. Gewerkschaftsfragen.
Erscheinen müssen ebenfalls alle neugewählten Gemeindevertreter. Ihre Mitgliedschaft kein Zutritt!
Unterbezirksleitung Waldenburg.

„Schlegel und Eisen“

Die Nummer 5 von „Schlegel und Eisen“ ist erschienen. Sie enthält einen Artikel zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die angeblich eine Massenentlassung von Bergarbeitern zur Folge haben werden. In einem weiteren Artikel wird Stellung zu den kommenden Ortsverwaltungsahlen genommen. Der Staatsanwalt wird angefragt, wann und ob er gegen die Schuldigen an dem Permsdorfer Grubenunglück einschreiten gedenkt. Auf einer ganzen Seite, die reich mit Bildern illustriert ist, wird zum Reichstongreß der Opposition Stellung genommen. Diese Seite drucken wir auch in der „Arbeiter-Zeitung“ ab, da der Reichstongreß eine Angelegenheit ist, die alle Arbeiter, und nicht nur die Bergarbeiter angeht. Weiter bringt „Schlegel und Eisen“ einen Entwurf zum Mantelarif in Niederschlesien. Daneben ist eine Reihe Betriebsberichte veröffentlicht, die die Zustände in den Gruben zeigen.
Bergarbeiter, verlangt überall nach eurer Zeitung, nach „Schlegel und Eisen“!

Methoden der Betriebskrankenkasse der Carlshütte

A. R. Es ist schon unangenehm, wenn ein Kumpel infolge Krankheit gezwungen ist, krank zu feiern, weil er dadurch einen Teil seines Arbeitsverdienstes einbüßt. Noch unangenehmer ist es, wenn man sich fürchten muß, das Haus zu verlassen, um nicht von dem Krankenkassentorwartler erwischt zu werden, um so noch einen Teil seines Krankengeldes einzubüßen. Ungeheuerlich ist es, wenn man Lehrlingen, die pro Tag vierzehn (!) Pfennig Krankengeld erhalten, noch einen Krankentorwartler ins Haus schickt, der vielleicht acht bis zehn Mark pro Tag erhält. Also für Krankentorwartler ist Geld da, aber für Kranke nur vierzehn Pfennig pro Tag. Wie hoch dürfte hier die Strafe sein, wenn der Kranke nicht zu Hause angetroffen wird? Wer kann Auskunft geben?

Freiburg

Berufsschüler werden geohrfeigt

A. R. Ein Berufsschüler, der bis zum 1. Uhr abends arbeiten muß, kam etwas später und in der Trainingshalle in die Schule. Gleich war Lehrer L. e. aufgeregt und brüllte den Schüler an: „In dieser Halle kommt man nicht in die Schule, da zieht man einen Schulanzug an!“ Der Schüler sagte nichts. Als der Berufsschüler aber einmal im Trainingsanzug in die Schule kam, schauzte ihn nach dem Zeichen des Lehrers an: „Ich hab's Ihnen doch schon einmal

gezeigt, Sie sollen sich einen Schulanzug anziehen und nicht in dem Trainingsanzug herbeikommen!“ Darauf erwiderte der Berufsschüler: „Ich kann doch anziehen, was ich will!“ Kaum hatte der Schüler das letzte Wort ausgesprochen, so bekam er schon eine Ohrfeige von L. e. Berufsschüler, kämpft gegen diese Prügelmethoden an! Erscheint alle bei der Berufsschülerversammlung, die demnächst hier stattfinden wird. Nehmt Stellung dazu, sammelt diese Berichte und bringt sie mit. (Berufsschüler-Korrespondenz.)

Schweidnitz

So sieht die „Wohltätigkeit“ aus!

A. R. Ich belege seit dem 20. Juli d. J. Arbeitslosenunterstützung, und zwar 24,38 Mark wöchentlich. Wir sind sechs Personen. Am 28. Oktober habe ich den Antrag gestellt auf einen Vorschub zur Beschaffung von Schuhen für meine Kinder. Es ist schon der zweite Antrag, den ich stelle, auf den ersten habe ich überhaupt keine Antwort erhalten, trotzdem ich fünf Wochen gewartet habe. Auf dem zweiten Antrag erhielt ich vom Magistrat zur Antwort, daß mir zwei Paar Schuhe bewilligt werden, die die Fürsorge, Schwester selbst kaufen wird. Ich hoffe aber lieber vier Kinder. Wahrscheinlich denkt der Magistrat, wenn die Fürsorge Schwester zwei Paar Schuhe kauft, können die zwei größeren Kinder, wenn sie aus der Schule kommen, sie dann an die anderen beiden abgeben. Die Schwester soll die Schuhe kaufen, ob sie passen oder nicht, und ich soll bezahlen. Ich habe bereits dem Magistrat mitgeteilt, daß ich immer noch Vormund über meine Kinder bin, und nicht die Fürsorge Schwester. Der Magistrat will anscheinend sparen, damit er nächstes Jahr zum Welt- und Fahrturnier wieder möglichst viel bewilligen kann. So sieht die „Wohltätigkeit“ aus. Den Bürgerlichen Tausende, den Arbeitslosen und ihren Kindern nichts!

Mitgliederversammlungen heute Dienstag

W. Schweidnitz-Striegau: 8.30 Uhr in Schweidnitz im Lokal „Drei Linden“, Reichenbacher Straße 32.
W. Görlitz: 9.30 Uhr in den „Union-Vierstuben“, Görlitz, Langenstraße.
W. Liegnitz: 10 Uhr in Liegnitz, Lokal „Goldene Gans“, Mittelstraße.
W. Grünberg: 9 Uhr in Grünberg im Lokal „Goldener Friede“.
W. Langenbielau: 10 Uhr in Langenbielau in Dinters Gesellschaftshaus (Oberstadt).
W. Riesengebirge: in Schmiedeberg, Lokal ist nicht angegeben.
W. Sagan: nicht angegeben.
W. Waldenburg: nicht angegeben.

Auf den Unterbezirkskonferenzen müssen alle Ortsgruppen durch den Vize-Bezirksleiter, möglichst auch Org.- oder Gewerkschaftsleiter, vertreten sein. Auch andere Funktionäre der Ortsgruppen können teilnehmen, ist sogar dringend erwünscht. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig.

Niederschlesien

Wichtige Unterbezirkskonferenzen morgen Mittwoch:

Görlitz: 20 Uhr im Lokal „Goldener Engel“, Jüdenring.
Liegnitz: 20 Uhr im Lokal „Goldene Gans“, Mittelstraße.
Grünberg: 20 Uhr im Lokal „Goldener Frieden“.
Langenbielau: 20 Uhr in Dinters Gesellschaftshaus.
Landeshut: Zeit und Lokal nicht angegeben.
Sagan: Zeit und Lokal nicht angegeben.

Referenten der Bezirksleitung sind in allen Versammlungen anwesend.

Görlitz

Weitere Wahlergebnisse

Landkreis Görlitz. SPD. 714 (657); Soz. 12 712 (9861); DMSF. 7352 (7225); Zentr. 592 (489); DVP. 758 (572); Dem. 1737 (1321); Chr.-N. S. u. L. 141; W.-P. 2941 (1559); Dt.-Soz. P. 141; Handw.-Gew. u. Hausb.-H. 347; SPD. Opposition 32; Linke Komm. 23; Nat.-Soz. 1809; ungültig 553.

Landau: Soz. 12 643, J. 2615, SPD. 1067, Bürgerliche Einheitsliste 15 745.

Bunzlau: Soz. 14 690 (11 Mandate), J. 2999 (2), SPD. 515 (1), Bürgerliche Vereinigung 16 072 (12).

Kreis Sagan. (1 Gemeinde fehlt.) SPD. 1226 (1039); Soz. 10 387 (6916); DMSF. 7060 (6515); Zentr. 2839 (2267); DVP. 1374 (1194); Dem. 871 (1314); Chr.-N. S. u. L. 634; W.-P. 4422; (1001); Dt.-Soz. 121 (137); Handw.-Gew. u. Hausb.-H. 488; SPD. (Oppos.) 100; Linke SPD. (Leninbund) 35; Nat.-Soz. 600.

Glogau

Das Opfer eines Jagdunfalls. Fleischermeister Karl Schind aus Schreben wurde seinerzeit wegen vorläufiger Brandstiftung länger als drei Monate in Untersuchungshaft gehalten. Seine Unschuld wurde erst festgestellt, als ein anderer der Tat überführt wurde. Der alte Mann, der infolge der Aufregungen einen Schlag-

anfall erlitt und arbeitsunfähig ist, erhielt jetzt vom Justizminister eine einmalige Entschädigung von 900 Mark und eine laufende Monatsrente von 50 Mark auf drei Jahre zugebilligt.

Arbetersport

Fußballvorfahrt

Das größte Interesse innerhalb der morgen Mittwoch stattfindenden Spiele bringt man dem Ausschlagsspiel um die Bezirksmeisterschaft im Fußball entgegen. Ob VfL diesmal gewinnen wird, ist noch sehr fraglich.

In Breslau kommt eine Anzahl Gesellschaftsspiele zum Austrag, die einen interessanten Aufschluß über die Spielfähigkeit der einzelnen Mannschaften geben wird. Das spannendste ist wohl das in Klettenberg zwischen Eintracht und Hertha. Hertha hatte in letzter Zeit so gute Mannschaften wie 1924, Bratislawia usw. glatt geschlagen. Ob es bei Südost gelingen wird? Gäste aus Klettenberg hat Union in D.-Lissa. An einem Siege der Einheimischen ist nicht zu zweifeln. Rivalen stehen sich in Neutisch in Falke und VfL gegenüber. Nach dem hohen Siege über 1928 kann man Falke auch einen Sieg über die Herrmannsdorfer zutrauen. Großkampf gibt es im Eichenpark zwischen West und Sparta. Hier einen Sieger im Voraus zu nennen, ist unmöglich. Mit einigermaßen Kampfsgeist mußte Dels mit Silesia-Kidder fertig werden, zumal dieses Spiel in Dels stattfindet. An einem Siege Sturms über Rapid in Mariashofen ist nicht zu zweifeln. Ebenso sicher wird Damsch gegen Hundsfeind in Damsch gewinnen. Doch mußte Stern gegen Vortwärts am Hardenberg gewinnen. Auf der Blühwiege an der Friedrich-Ebert-Straße sind Bratislawia und VfL die Gegner. Zweifelsfrei ist, wer den Sieger stellen wird. Die Spiele der ersten Mannschaften beginnen sämtlich um 14 Uhr.

Die Athleten-Serienlämpfe beginnen

Der Bezirk Breslau beginnt am Mittwoch (Bußtag) mit seinen dienstjährigen Mannschafslämpfen um die Bezirksmeisterschaft im Ringen und Stenzen. Schüler bis 14 Jahre ringen in acht Klassen. Jugend ringt in neun Klassen. Männer ringen A- und B-Klasse in sieben Klassen. Männer heben in A- und B-Klasse, 7 Teilnehmer. Bierskamp, Bekämpfung Reizen und Stößen, Bekämpfung Reizen und Stößen. Schüler, Jugend- und B-Klassen werden bis zur Kreismeisterschaft angetragen. A-Klasse heben und Ringen bis zur Bundesmeisterschaft. Abwegen von 14-14,5 Uhr. Beginn der Kämpfe 15 Uhr. Die Ordner stellt morgen West 21 und Arbeiter-Athleten-Beirat 1911, je zwei Genossen. Am 1. Dezember stellen Sportvereinigungen Nordost 03 vier Ordner. Am 8. Dezember stellt die Sportvereinigungen 1897 vier Ordner. Am 1. Dezember wird in den Rängen die Sportvereinigungen Nordost 03 mit Arbeiter- und Jugend-Bereitschaften angetreten. Am 8. Dezember die Freie Sportvereinigungen 1897 mit Frontsport und Schülerreigen.

Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele am Mittwoch

9.30: Union 2. Jgd. — Südost 2. Jgd., Deutsch-Lissa, Klose R.
10.30: Union 3. Jgd. — Südost 4. Jgd., Deutsch-Lissa, Chrym
13.00: Union 1. Jgd. — Märzdorf 1. Jgd., Deutsch-Lissa, Salskowitz
14.00: Union 1. Jgd. — Märzdorf 1. Jgd., Deutsch-Lissa, Salskowitz
10.00: FSB. 2. Jgd. — Union 2. Jgd., Babelsberg, Künz
13.15: 1928 III — Einigkeit III, Goldschmieden, Jeschall
14.00: VfL 1. Jgd. — Einigkeit 1. Jgd., Herrmannsdorf, Rühndel
14.00: Sturm 1. Jgd. — Rapid 1. Jgd., Mariashofen, Edert
14.00: Bratislawia I — VfL I, Blühwiege, Mitter P.
12.00: Bratislawia II — VfL II, Blühwiege, Mitter P.
10.00: Bratislawia 1. Jgd. — Südost 1. Jgd., Blühwiege, Bunte
10.00: Hertha III — Sparta III, Gräbichen, Stengel
14.00: Südost I — Hertha I, Klettenberg, Kretschmer
12.00: Südost II — Hertha II, Klettenberg, Ullrich Fr.
10.30: Damsch II — Hundsfeind II, Damsch, Hübner
14.00: Damsch I — Hundsfeind I, Damsch, Gräblich
14.00: Dels I — Silesia-Kidder I, Dels, Freudenberg
12.30: Dels II — Silesia-Kidder II, Dels, Wefen
11.30: Dels Jgd. — Silesia-Kidder Jgd., Dels, Verein
14.00: Falke I — VfL 1. Jgd., Neutisch, Mitter M.
14.00: West I — Sparta I, Eichenpark, Kluge
12.30: West II — Sparta II, Eichenpark, Belge
10.00: West III — Sparta III, Eichenpark, Stache
14.00: Stern I — Vortwärts I, Hardenberg, Grünbel D.
10.30: Stern II — Vortwärts II, Hardenberg, Mollisch
14.30: Stern 1. Jgd. — Wader 1. Jgd., Gräbichen, Stiller
13.30: Stern 2. Jgd. — Wader 2. Jgd., Gräbichen, Stiller

Arbeiter-Sportkartell. Die für Mittwoch, den 20. November, angekündigte Kartellversammlung muß wegen des Festtages ausfallen. Die nächste Kartellversammlung findet Mittwoch, 4. Dezember, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses statt. — Vorstandssitzung am 25. November, 20 Uhr, im Kartellbüro. Besondere Erklärungen hier zu ergehen nicht.

Fußballpartie. Am Mittwoch ist die Kreis-Pressestelle geschlossen. — Nächste Berichterstatterversammlung am Sonntag, 1. Dezember, 9 Uhr, bei Fritz, Jahnstraße. Wichtige Tagesordnung. Jeder Bericht muß seinen Berichterstatter enthalten.

Schiedsrichter-Vereinigung. Zu dem am Sonntag, 14. Uhr, folgenden Endspiel um die Bezirksmeisterschaft auf dem Sporthaus (Schlachthof) sind folgende Genossen als Schiedsrichter bestimmt: Reimert (Sturm), Rühndel (West), Luras (FSB.), Jeschall (Union), Praus (Einigkeit), Kellert (1924). Schiedsrichter ist Genosse Reimert P. (Falke). Zu dem um 13 Uhr folgenden Schülerspiel: Stern Schüler gegen VfL Schüler ist Genosse Seimel (Silesia-Kidder) Schiedsrichter. Treffpunkt der Schiedsrichter pünktlich 12.30 Uhr bei Großer, Frankfurter Straße 112.

Fußballabteilung West FSB. Sonntag, 8. Dezember, 9 Uhr, bei Kiple, Frankfurter Straße, Generalversammlung (Neuwahl). Geht ohne Grund nicht bestraft. Mitgliedsbeitrag ist mitzubringen. Anträge bis 1. Dez. an den 1. Vorsitzenden Genossen Gustav Hübner, Friedrich-Rudolf-Straße 57. Neuaufnahmen von Genossen und Genossinnen überdies.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag und Freitag — 5 und 8 Uhr

Der fröhliche Weinberg von Zuckmayer

Der seltsame Fall eines Arztes mit Conrad Veldt

Jugend verboten!

Erwerbslose und Kleinrentner bis 5.30 Uhr 25 Pf. Mit Besucherausweis 50 Pf., ohne Ausweis 70 Pf.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Spielplan vom 16. Nov. bis 24. Nov. 1929

Dienstag, 20. Nov.

Abonnements-Vorstellung Serie F 6

Rigoletto

Mittwoch, 19.30 Uhr

(Bußtag)

Abonnements-Vorstellung Serie G 6

Neu einstudiert

Lannhäuser

und der Sängerkrieg auf Wartburg

Donnerstag, 19.30 Uhr

Die Hochzeit des Figaro

Freitag, 20. Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie H 6

Waldmännchen

Mittwoch, den 20. Nov., 17.30 Uhr

Lichtbilder-Vortrag

im Saale der

Monistischen Gemeinde

Grünstraße 14/16

Sprecher: Dr. med. Heinze

Thema: „Vererbung u. Rassenhygiene“

Eintritt 0.20 Mk. Jedermann hat Zutritt

Möbel gegen bar u. auf

Teilzahlung

zu niedrigsten Preisen bei

R. Herzog

Möbelhaus und Sargmagazin

Gottschalk

Fürstentümer Str., Fernr. 67

Streng reelle Bedienung

Brot ist gesund, ganz besonders jedoch

Das so gesunde Dr. Seuffer-Brot

denn es besitzt speziell Heil- und Vor-

beugungskraft gegen Tuberkulose,

Arterienverkalkung, Rheumatismus.

Ausführung und Verkauf durch:

Dr. Seuffer & Co. G. m. b. H., Sedan 9

Oberschlesien

Die Wahlen in Oberschlesien

Vorwärts zu neuer Arbeit

In der Provinz 14182 Stimmen gewonnen — Ueberwiegend behauptet und neuer Gewinn —
Zwei Fronten — Arbeiter verläßt den Kampf unter Führung der SPD.

U. S. Der Wahlkampf ist vorbei. Für Jahre hindurch sind die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten wieder ihre Sorgen los. Auf neue wird die arbeitserfindliche Wirtschaft in den Kommunen, den Kreisen und in der Provinz in Angriff genommen. Die ersten Früchte werden die Arbeiter in Stadt und Land, besonders die Hilfsbedürftigen, schon in wenigen Wochen, spätestens zum „Fest der Liebe“ zu spüren bekommen.

Zwei Fronten nur, das vereinigte Bürgerium einschließlich der SPD und der Splitterparteien bis zu den linken Opportunisten, die glänzend abgerückt sind, auf der einen Seite und die kommunistische Partei auf der anderen Seite, standen sich im Wahlkampf gegenüber. Nur unter zwei Fronten und nicht unter 10 bis 18 Parteien und Gruppen hätte die Arbeiterschaft zu entscheiden. Und die klassenbewusste Arbeiterschaft hat sich klar entschieden in einer festen Front für die kommunistische Partei als der Führerin des Proletariats. Solche Bürger, des Philisters Hausfrau, Inhaber von und Anwärter auf Butterkrüppen, offene und verdeckte Faschisten, sie sind in der anderen Front in den verschiedensten Lagern.

In der Provinz hat die kommunistische Partei gegenüber den Wahlen vom 28. November 1925 einen Stimmenzuwachs von 14118 zu verzeichnen. Die Ergebnisse sind 1925: 47528 gegen 1925: 34712. Gemählt sind die Genossen: Wlora, Beuthen (Eisenbahner), Gwosdz, Hindenburg (Bergarbeiter), Wiakret, Gleiwitz (Arbeiter), Wylschla, Hindenburg (Schlosser) und die Genossin Martha Chwalek, Oppeln.

Bei den Wahlen zu den Gemeinderatsvertretungen und Kreistagen konnte sich die Partei, obwohl einige Verluste besonders in Mandaten zu verzeichnen sind, behaupten und sogar neuen Gewinn erzielen. In Beuthen z. B. verlor die Partei 2 Mandate, hatte aber ihre Stimmenzahl von 3706 auf 4136 erhöhen können. In Ratibor ist ebenfalls eine gute Steigerung zu buchen. In vielen Orten, Groß-Streßlitz, Kreuzburg usw., wo zum ersten Male Listen der SPD, eingereicht wurden, können überall Erfolge verzeichnet werden. Das gleiche ist bei den „Roten Arbeiterlisten“ zu erleben.

In die Kreistage ziehen die Kommunisten überall mit einer verstärkten Front ein. Die Kommunisten haben an Stimmen für den Kreisrat Beuthen 6828 (1925: 4534), Gleiwitz 3130 (1925: 2186), Ratibor 1866 (1925: 1587), Neunkirch 2372 (1 Mandat gewonnen), Groß-Streßlitz 2207 (+ 2 Mandate), Oppeln 3225 (2 Mandate), Cosel 2230 (2 Mandate), Reifse 954 (1 Mandat), Falkenberg 925 (1 Mandat), Kreuzburg 1520 (+ 2 Mandate), Rosenburg 1181.

Die Wahlen insgesamt können als ein guter Erfolg für die SPD. verbucht werden. Wenn auch die SPD. sagt: „Die Kommunisten haben nicht glänzend abgeschnitten“, so muß sie aber selbst zugeben, daß die SPD. einen Erfolg hat. Wir geben was nichts darauf. Wie

haben die übrigen Parteien abgeschnitten? Das Zentrum verliert trotz Himmelspropaganda in der Provinz 3 Mandate. Die SPD. mit ihrem ungeheuren, nur auf Wahlen abgestimmten Apparat, durch Mißbrauch und finanzielle Unterstützung der Gewerkschaft, hat in der Provinz 2 Mandate gewonnen. Sieben Rongen wird die SPD. jetzt in der Provinz schaden, um die Arbeiterschaft noch mehr und besser zu verraten. Die Deutschnationalen haben ebenfalls ein Mandat gewonnen. Die Nazis dagegen gingen wieder leer aus und erhielten in der ganzen Provinz 12714 Stimmen, die aber der Arbeiterschaft zu denken geben müssen, da sich die Nazis unter den Fittichen der Sozialfaschisten proportional ziemlich gestärkt haben. Die Polen gewannen auch ein Mandat. Der Bürger- und Bauernblock hat fast 50 Prozent der Stimmen verloren.

Das ist, kurz umrissen, das Bild, das uns die Wahlen brachten. Wir dürfen trotz des Erfolges nicht verneinen, daß auch bei den anderen großen Parteien ein Zuwachs zu verzeichnen ist. Dieser Zuwachs setzt sich, auch bei der SPD., allerdings nur aus den Reihen des Bürgeriums zusammen.

Zwei Fronten stehen sich gegenüber. Die klare, festgefügte der SPD. und die zusammengekauerte, von Deutschnationalen, Zentrum, SPD., des Bürgeriums. Die klare, festgefügte Front unter Führung der SPD. geht wieder in die Parlamente, um durch ihren Kampf, der nicht in den von Gummitruppalgarben bewachten Parlamenten ausgetragen wird, dieses bürgerliche, kapitalistische System zu stürzen. Die andere Front, die nur auf Grund von schwindelhaften Versprechungen oder brutaler Gewalt wieder ihre Sessel einnimmt, wird in verschärfter Form das Proletariat unter dem Deckmantel der „Demokratie“ in die Front. Und diese Front, wie werden sie nie mit dem Stimmzettel schlagen, sie muß geschlagen und vernichtet werden.

Das Vertrauen, das die ober-schlesische Arbeiterschaft wieder der SPD. entgegenbrachte, muß über die Wahlurne hinweg sich in der aktiven Mitarbeit aller, in der Organisierung der proletarischen Revolution auswirken. Verstärkter Eintritt in die kommunistische Partei, Ausbreiten der „Arbeiter-Zeitung“ bis in die Hütte des letzten Wählers der SPD. muß der nächste Erfolg sein. Aktiveres Auftreten in den Betrieben unter Führung der SPD., Massenmobilisation zum Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, härtester Kampf der Bourgeoisie und allen ihren Helfern, den Faschisten, Sozialfaschisten, Gewerkschaftspalsten, Kampf für höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, gegen die weitere Nationalisierung, für gleiche Lebensbedingungen der Erwerbslosen, das ist der Weg zu unserem Ziel: der Zerstörung des kapitalistischen Staates und Aufbau einer neuen, einer Arbeiterwelt. Die Waffen geschmiedet, die Flamme für die proletarische Revolution geschürt, Klassenkrieger, dann erringen wir einen vollen, uns endlich befriedenden Sieg.

verließe diese Gewerkschaft ein paar lustige Stunden. Die Arbeit war so reichhaltig, daß diese Herrschaften nicht einmal alles aufessen konnten.

Obwohl Tausende zur gleichen Zeit hungern, schmiss diese Leute belegte Brote auf dem Boden rum. Die teuersten Weine wurden gekostet. Selbst für die Schlemmer magen war die Fresserei und Sauerei zuviel. Bis zum Halse vollgepfropft haben sich einige von oben bis unten belobt.

Arbeiter, und das geht auf eure Kosten. Nämlich mit der SPD. und sagt dieses Gefindel bald zum Teufel.

Magistrat, höre!

Der von uns schon oftmals unter die Lupe genommene Obergärtner Walter gibt immer mehr zu Klagen Anlaß. Dieser Obergärtner hat aus irgendwelchen, uns noch unbekannten schmutzigen Gründen den Wächtern aufgetragen, daß sie, wenn sie bei ihrer Arbeit gefragt werden, was sie machen, sagen sollen, sie sind frantgeschriebene Arbeiter und kommen nur so zur Erholung (!) her.

Weiter ist in einer Magistratsvilla ein Installateur, der die Heizung beheizt, entlassen worden. An seine Stelle wurde ein „Gärtner“ gesetzt. Es wird gelacht, daß der Entlassene nicht genug „schweißsam“ und daher kein Günstling war.

Auch dieses scheint eine Machination dieses Obergärtners Walter zu sein. Wir verlangen, daß endlich einmal mit diesem Pöhl aufgeräumt wird. Es steht aber so aus, als ob der Obergärtner einige Herrschaften des Magistrats in der Hand hat und ihm deshalb alle Frechheiten und Schmeicheleien erlaubt sind. Damit finden sich die Arbeiter auf keinen Fall ab. Und wenn fugs ein kleiner Skandal dahinter steht, aufgeräumt muß werden.

Note-Gilde-Mitglieder

Zu der Bezirksarbeiterkonferenz der NS. am 20. d. M. werden auch sämtliche Mitglieder der NS. von Groß-Hindenburg ersucht, daran teilzunehmen.

Oppeln

Die unerfüllte Kirche

U. S. Die Kirchenvorstände sind jetzt, wo der Hunger immer größer wird, wieder daran, den Verfalligen die letzten Groschen für Kirchensteuern aus der Tasche zu ziehen. Der katholische Kirchenvorstand hat beschlossen, für das Rechnungsjahr 1929 (1. 4. 1929 bis 31. 3. 1930) 7 (neben) vom Hundert der für 1928 veranlagten Reichseinkommensteuer bzw. einbehaltenen Lohnsteuer als Kirchensteuer zu erheben. — Die Vertreter des deutschnationalen Gottes, die Evangelischen, neppen ihre Gläubigen sogar um 10 Prozent.

Die Kirchensteuerwische flattern wieder ins Haus. Selbst denjenigen, die schon fünf Jahre lang diesen Religionsgemeinschaften den Rücken geleitet haben und aus der Kirche ausgestiegen sind, werden Kirchensteuerwische zugesandt. Wer nicht bezahlt, der wird erst persönlich bearbeitet. Und wer dann nicht gutwillig bezahlt, der wird gepöbelt. Mancher Prolet denkt noch, wenn er nicht bezahlt, so wird ihn die Kirche selbst aus der Religionsgemeinschaft streichen. O nein, das macht die Kirche nicht. Es kommt ihr ja nicht darauf an, daß ihr nichts glaubt, sondern nur auf das Geld.

Deshalb, Prolet, heraus aus der Kirche. Wer bis zum 31. Dezember noch den Austritt aus der Kirche auf dem Amtsgericht erklärt, braucht nächstes Jahr keine Kirchensteuern mehr zu bezahlen.

Tägliche Unfälle im RAB.

U. S. Das Mordsystem fordert täglich überall seine Opfer. So mancher Kollege, der morgens um 5 Uhr den Weg in die kapitalistische Knochenmühle, das Reichsbahn-Ausbesserungswerk, antritt, denkt nicht daran, daß er in einigen Stunden schon mit geschnittenen Knochen, halbtot, wegransportiert werden kann. Das Arbeitstempo auf Grund des Gebirgsystems ist ein mörderisches. Kein Tag vergeht im RAB, an dem nicht der Pfasterlasten oder gar die Tragbahre in Tätigkeit sind. Eine kleine Statistik nur, die wir in einem weiteren Artikel bringen werden, klagt dieses System schwer an.

Und diese Zustände werden immer noch schlimmer. Verwaltung und Reformisten sorgen gemeinsam für den Ausbau der mörderischen Nationalisierung. Kollegen, wehrt euch geschlossen gegen dieses System! Steht fest zur Opposition und kämpft mit ihr gemeinsam. Unterstützt reiflos den Reichsgewerkschaftskongreß der revolutionären Opposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin.

Oppelner Eisenbahner, heraus!

Die Ortsverwaltung des Einheitsverbandes Oppeln (Opposition) richtet an die Eisenbahner folgenden Aufruf, mit der Aufforderung, am Dienstag im Schützenhaus zu einer Protestversammlung zu erscheinen:

„Nachdem die Gewerkschaftspalster sich wiederholt in Mitglieder-versammlungen und Funktionärssitzungen eine gefährliche Abfuhr holten, versuchten sie am Freitag, dem 15. November 1929, unter dem Deckmantel einer erweiterten Funktionärssitzung wenigstens einen bestimmten Teil ihrer Anhänger zu einer Sitzung zusammenzubringen. An nur ganz dem Regierhauptling Langisch getreue Schächsen, sogar an NSB-Mitglieder, wurden bestimmte Einzelnamen verteilt. Langisch seine Hausmacht wissen aber vor lauter Nervosität nicht mehr, wer zu ihnen gehört. So gelangten auch ein großer Teil Einladungen an Mitglieder, die fest zur Opposition stehen, und diese sind der Aufforderung, zur Sitzung zu erscheinen, gefolgt.“

Mit Staunen mußten die Kollegen feststellen, daß Nichtmitglieder, NSB-Mitglieder, in der Versammlung anwesend waren. Ja, das Tollste wurde in dieser Versammlung festgestellt, daß der sich an unseren Gewerkschaftsgeldern bereichernde Auch-Kollege Hantschel, der aus der Organisation ausgeschlossen und jetzt von den Spalstern wieder aufgenommen wurde, sich im Saale befand. Ganze 40 Kollegen sind dem Ruf dieser sozialfaschistischen Gewerkschaftspalster gefolgt.

Als einige Kollegen den Antrag stellten, daß die Nichtmitglieder sowie der Auch-Kollege Hantschel den Saal zu verlassen haben, erklärte der Regierhauptling Langisch:

„Wer hier ruft, wird von der Polizei gewaltsam entfernt!“ Als die Kollegen auf der Entfernung der Genannten stürmisch bestanden,

rief Langisch die Polizei an. Zwei Schnellkraftwagen Schupo als Ueberfallkommando erschienen in einigen Minuten und trieben die oppositionellen Kollegen gewaltsam aus dem Saal.

Nachher tagte Langisch unter dem Schutz des gesamten Ueberfallkommandos mit seinen Lakaien und ließ jeden weiteren Zutritt durch die Polizei verhindern.

Ein Protestkettum muß gegen dieses Vandalentum, welches eifrige Kämpfer aus den Gewerkschaften mit Polizeigewalt rauschmeißt, dafür aber korumpiertes Gefindel zur Niederhaltung heranzieht, durch

die Reihen der Eisenbahner gehen. Keinen Pfennig diesen Spalstern Kollegen führt die Beitragsperre durch. Entnehmt nur die von der Ortsverwaltung herausgegebenen Gutshelne.

Um zu diesem Schandstreich Stellung zu nehmen, berufen wir hiermit

am Dienstag, dem 19. November 1929, abends 7 Uhr, nach dem Schützenhaus, Obervorstadt, eine Protestversammlung

ein. Die von der Polizei aus dieser Versammlung gewaltsam herausgeschleppten Kollegen werden über diesen Schandstreich des Regierhauptlings Langisch einen Bericht erhalten.

Weiter wird es notwendig sein, über unsere weiteren Schritte im Kampf gegen diese Gewerkschaftspalster zu beraten.

Kein Mitglied des Einheitsverbandes darf diese Versammlung veräumen. Also auf in diese Versammlung! Erscheint in Massen! Mitgliedsbuch und Mitgliedskarte sind als Ausweis mitzubringen!

An alle Ortsgruppenvorstände der RHD. Oberschlesien.

Werte Genossen! Am Mittwoch, dem 20. November 1929, vormittags um 10 Uhr, findet in Hindenburg im Lokal von Roth, Paulstraße, eine

Bezirksarbeiterkonferenz statt.

An derselben haben von jeder Ortsgruppe entweder der Ortsleiter oder ein Delegierter zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Dritten Reichskongreß (12., 13. und 14. Oktober 1919).
2. Unsere nächsten Aufgaben im Bezirk.
3. Verschiedenes.

Pünktliches und reistloses Erscheinen eruchtet. Fahrgehalt (Sonntagsfahrkarte) wird erstattet.

Der Bezirksvorstand

4643 Arbeitslose in einer Woche mehr

Die katastrophale Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 11. bis 18. November 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Landesamtes für Statistik folgende Ziffern an: Arbeitslosenzahl: 36057, in der Vorwoche 31414, im Vorjahre 20383; Hauptunterstützungsbefähigte: in der Arbeitslosenzifferveränderung 19640 (18958, 9149), in der Arbeitslosenzifferveränderung 19640 (18958, 9149), in der Arbeitslosenzifferveränderung 19640 (18958, 9149); offene Stellen: 113 (129, 318); Vermittelungen: 1403 (1201, 1481).

Die Arbeitsmarktlage hat sich allgemein weiter verschlechtert. Erfolgreiche Entlassungen von Arbeitskräften, Betriebsveränderungen bzw. Bereitstellungen belasten den Arbeitsmarkt. Diese ungünstige Gestaltung der Lage erstreckte sich vorwiegend auf die Außenberufe. Unterbringungsbedürftigkeiten boten sich in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit nur vereinzelt. In der Berichtswochen war eine Zunahme von 4643 Arbeitslosen zu verzeichnen. Bei Notstandsarbeiten wurden 2377 (Vorwoche 2700) Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungshöchstdauer Ausgesteuerten betrug 174.

So katastrophal liegt noch in keiner Woche die Ziffer der Arbeitslosen. Und noch ist kein Halt zu sehen. Im Gegenteil, noch ein weiteres hartes Ansteigen steht bevor. Bei der weiter fortschreitenden Nationalisierung und der Stilllegung von weiteren Betrieben stehen diese Tausende Erwerbslose vor einer grauenhaften Zukunft. Keine 50 Prozent werden vielleicht mehr im nächsten Jahre die Möglichkeit haben, wenigstens so lange zu arbeiten, daß sie wieder die Anwartschaft auf die Erwerbslosenunterstützung erfüllen. Heute erhalten nur 18640 von den 36057 Arbeitslosen die Unterstützung. Die mageren Wohlfahrtsbeiträge werden keinen 20 Prozent der nicht unterstützten Erwerbslosen elende Armenunterstützungen gewähren. Die übrigen Tausende müssen entweder von den Hungerlöhnen ihrer Familienangehörigen oder von mitleidigen Menschen mitleiden oder zum Strich greifen.

Kann das so weiter bleiben? Auf keinen Fall! Die Regierung, die Kommunen haben genügend Geld, um auch die Erwerbslosen ausreichend unterstützen zu können. Die Betriebe haben solche Arbeitslosen, daß bei Reduzierung der Arbeitszeit ein großer Teil der Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingeführt werden könnte.

Arbeitslose, schließt fester die Kampfzähne mit den Verfalligen in den Betrieben! Veranlaßt härter den Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. — Jede Stempelkarte, jeder Betrieb muß hinter dem Reichskongreß der Opposition stehen, der praktische Kampfmaßnahmen gegen Erwerbsloseneind, Hungerlöhne, für kürzere Arbeitszeit beraten wird. Der Generalstreik des zum revolutionären Kampf gewillten deutschen Gesamtproletariats muß dieser Kongreß sein. Die Armee der Ausgebeuteten und Unterdrückten muß formiert werden für den Kampf bis zum Sieg!

Gleiwitz

Oberbürgermeister macht in Rußlandhege

Im „Haus Oberschlesien“ fand am Sonnabend eine Kundgebung zu den Anschlägen Österreichs auf Deutschland statt. Diese Kundgebung war wie alle im „Haus Oberschlesien“, nur Saufen, Längen, Publizieren, Pfeifen usw. Auch der unvermeidliche Dr. Seidler war als Oberbürgermeister zu diesem Rummel erschienen, um „amtlich“ eine Begrüßungsrede zu halten. Neben seinen üblichen schelmischen Ausfällungen benutzte der Herr Oberbürgermeister seine Rede gleich zu

